

Pakistans Christen lehnen Änderung der Personalausweise ab

von Imrana Khwaja

Die pakistanischen Christen schicken sich an, eine Bewegung des zivilen Ungehorsams zu starten, wenn die Regierung ihren Vorschlag weiterbetreibt, in den Personalausweisen eine Rubrik "Religionszugehörigkeit" einzuführen. Alle großen Städte des Punjab wie Multan, Sargodha, Toba Tek Singh, Faisalabad und Lala Musa werden sich daran beteiligen.

"Wir haben uns mit dem Shariat Act abgefunden, wir haben uns mit separaten Wahlen abgefunden, aber das bringt wirklich das Faß zum Überlaufen", meint Peter Jacob, Generalsekretär der Komitees für Gerechtigkeit und Frieden, einer christlichen Organisation in Multan, die die Bewegung koordiniert. Schon laufen Hungerstreiks in diesen Städten. "Unser nächster Schritt wird ein Fasten bis zum Tode sein", fügt er hinzu. In Lahore ist eine 'Christliche Allianz' gebildet worden, die aber erst noch endgültig über das Todesfasten beschließen wird. Der Regierungsausschuß, der eigentlich bis zum 24. Oktober zu einem abschließenden Beschluß kommen sollte, hat bisher nichts an die Presse verlauten lassen. Aber die Fundamentalisten sind sicher, daß die Regierung ihren Beschluß nicht rückgängig machen wird. Und die Christen bereiten sich auf das Schlimmste vor.

"Die Regierung sollte begreifen, daß es von uns mehr gibt als Moslems in Kaschmir oder Sikhs im indischen Punjab", sagt Joseph Francis von der 'Pakistan Christian National Party' (PCNP). "Bis jetzt haben wir nur die 8. Verfassungsergänzung verbrannt. Unser nächster Schritt wird sein, die ganze Verfassung zu verbrennen; sie gibt uns sowieso keinen Schutz."

Abgesehen von der PCNP, die eine solide Basis in Lahore hat, sind die politischen Parteien der Christen stark zersplittert. Es ist der Klerus, der wirkliche Kontrolle über die Herzen und den Geist der Christen dieses Landes hat. Er ist im allgemeinen ziemlich zurückhaltend, sich in politische Fragen einzumischen. Diesmal aber hat ihn die Wut gepackt.

Vor ein paar Tagen tagte die katholische Bischofskonferenz in Multan zu der umstrittenen Frage, und die Geistlichkeit war sich in der Verurteilung des Vorschlags einig. Ein großer Teil des katholischen Klerus hat zugesagt, die in Multan geplante Bewegung des zivilen Ungehorsams zu unterstützen. Der protestantische Klerus ist meist weniger deutlich. Aber der Bischof von Lahore, John Alexander, hat sich in öffentlichen Foren klar und eindeutig gegen die Maßnahme der Regierung ausgesprochen. "Ein Personalausweis dient

dazu, die Staatsangehörigkeit zu identifizieren und nicht zwischen Menschen einer Staatsangehörigkeit zu unterscheiden", sagt Bischof Alexander. "Auch ein Paß sollte nicht dazu dienen, jeder aber muß einen Paß besitzen."

Wenn der Vorschlag der Regierung umgesetzt wird, wird der Bischof eindeutig eine harte Linie fahren: "Wir wollen keine Probleme schaffen, aber wir werden auch nicht zurückstecken und uns unsere Staatsangehörigkeit nehmen lassen. Wir werden vor Gericht gehen, vor die Vereinten Nationen, vor die Menschenrechtskommission in Genf, wir werden jeden möglichen Weg erkunden." Politisiert sich der Klerus in Pakistan am Ende?

Der Gerichtsweg ist eine der Möglichkeiten, um der Maßnahme unmittelbar entgegentreten zu können. Vor allem, so argumentieren Juristen, kann der Inhalt der Personalausweise nicht ohne Gesetzgebung im Parlament geändert werden. "Das Format der Identitätskarte ist in einem Anhang zum National Registration Act von 1973 enthalten", erklärt Naem Shakir, "und in diesem Anhang gibt es keine Rubrik 'Religionszugehörigkeit'." Wenn die Änderung im Parlament durchkommt, wird sie als verfassungswidrig vor dem Obersten Gericht landen.

Das Argument, die Rubrik sei notwendig für das richtige Funktionieren des separaten Wahlsystems, wird von den Minderheiten zurückgewiesen. "Die schlimmste Ungerechtigkeit, die den Minderheiten zugefügt wird, ist gerade dieses Wahlsystem", sagt Joseph Francis, "und wir haben uns heiser dagegen geschrien." Die Minderheiten verweisen darauf, daß das eigentliche Problem die Ausgabe gefälschter Identitätskarten ist, und dieses Problem wird ignoriert.

Während alle Minderheiten, Menschenrechtsgruppen und die Schiiten sich bereits gegen die Maßnahme ausgesprochen haben, waren es die Christen, die am deutlichsten ihre Ängste ausgesprochen haben. Die Fundamentalisten jedoch haben kein Geheimnis daraus gemacht, auf wen die Maßnahme wirklich zielt.

Auf einem kürzlichen Forum der Zeitung 'Jang' kristallisierte sich heraus,

daß es tatsächlich darum geht, die Ahmedis herauszusäubern, "eine Sekte, die nicht bereit ist zuzugeben, daß sie eine Minderheit ist". Und die Christen wurden beschuldigt, Ahmedis- und jüdische Interessen zu vertreten.

"Die Ergänzung der Identitätskarten wird keinerlei Bedrohung für die Christen darstellen", sagt der JI-Informationsssekretär Amirul Azim. Aber was, wenn alle Minderheiten sagen, daß ihre grundlegenden Rechte berührt werden? "Dann müssen sie sich dem Willen der Mehrheit beugen", entgegnet er.

Die Ahmedis halten sich, wie üblich, zurück. "Wir werden uns an keinerlei offenem Protest beteiligen", erklärt der amtierende Amir der Jamaat Ahmedia, Major Abdul Latif. "Was bringt es zu protestieren, wenn die Regierung sich schon entschieden hat?" Raja Ghalib Ahmed, ein anderer Ahmedi, erläutert ihr Herangehen: "Protest ist eine zweischneidige Waffe: Wenn wir protestieren, dann werden wir beschuldigt, staatsfeindlich zu sein, protestieren wir nicht, benutzen wir die Christen, um unsere Interessen zu vertreten. Wenn wir nicht unsere Stimmen erheben, beweisen wir den Fundamentalisten, daß sie die Farbe unseres Personalausweises ändern können. Aber sie können nicht die Farbe unseres Glaubens ändern."

Die Ahmedis glauben, daß, wenn erst die Religionsrubrik dem Personalausweis hinzugefügt ist, der nächste Schritt darin bestehen wird, sie aus allen höheren Positionen zu verbannen. Aber sie sind gewillt, dem und anderem zu widerstehen.

Es kann, unglücklicherweise, noch recht lange dauern. In einer gemeinsamen Erklärung haben sieben religiös-politische Parteien angekündigt, auf die Straße zu gehen, wenn die Regierung von ihrem Beschluß abgeht. "Solange das System der separaten Wahlen nicht abgeschafft ist, wird die Meinung der Minderheiten der Mehrheit der moslemischen Abgeordneten in der Nationalversammlung nicht bedeuten", meint Naem Shakir.

(Der Beitrag erschien in der in Lahore erscheinenden Zeitschrift 'Friday Times' und wurde von Thomas Ruttig übersetzt)